

## DER STEIERMARK

# Familien

ten zur Gänze zu bezahlen, besteht für den Sozialhilfeträger die Möglichkeit, vom Geschenknehmer die gesetzlichen Zinsen vom Wert des Geschenkes zu fordern oder die Sozialhilfe zu verwehren, um den Bedürftigen selbst zur Durchsetzung seiner Ansprüche zu veranlassen.

### Das Gefühl, zur Last zu fallen

Von dieser Möglichkeit wurde bis vor kurzem (2 bis 3 Jahre) von den Sozialhilfeträgern kein Gebrauch gemacht. Nun gibt es in der zuständigen Fachabteilung des Landes eine neue Leiterin, und diese hat eine Rechtsmitteilung an alle Bezirkshauptmannschaften, Sozialhilfeverbände und den Magistrat herausgegeben und diese aufgefordert, so vorzugehen.

Herr M., der seine Mutter regelmäßig besucht, hat ihr

nicht erzählt, dass das Sozialamt jetzt auch ihn kräftig zur Kasse bittet, „um sie nicht unnötig zu belasten“, sagt er, und spricht damit an, was viele Betroffene bereits am eigenen Leib erfahren haben: Durch diese unbarmherzige Vorgehensweise werden nicht nur Existenzen zerstört, sondern auch innerfamiliäre Beziehungen extrem belastet. Zur Hilflosigkeit der pflegebedürftigen Eltern gesellt sich das Gefühl, den eigenen Kindern zur Last zu fallen. Anstatt ihren Kindern eine Starthilfe fürs Leben geben zu können, müssen sie nun zusehen, wie nicht nur ihr eigenes Lebenswerk binnen kürzester Zeit vernichtet, sondern auch die Existenzen ihrer Kinder bedroht werden.

Vertraglich garantiert ist bei diesem System nur eins: der Gewinn der privaten Pflegeheime.

## FEINSTAUB

# Miese Luft in der Stadt

Plagt Sie oder Ihre Kinder in diesem Winter immer wieder ein lästiger Husten? Wunder ist das keines, denn die Feinstaub-Belastung ist hoch. In den letzten sechs Wochen wurde der Grenzwert mehr als 25 Mal überschritten – 30 Überschreitungen sind pro Jahr erlaubt!

Die Feinstaubbelastung der letzten Zeit verlangt nach Sofortmaßnahmen wie Geschwindigkeitsbeschränkungen, Fahrverboten, oder den Nulltarif bei öffentlichen Verkehrsmitteln. Daneben braucht es längerfristige Strategien. Wie den „Umweltcluster“, wie ihn **KPÖ-Gemeinderatskandidat Christian Sikora** vorgeschlagen hat.

Das Projekt „Grüne Lunge für Graz“ ist ein Teil der Forderung der Grazer KPÖ nach Schaffung eines neuen,

öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, mit dem neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden können. „Mit dem Grazer Umweltcluster setzen wir auf effiziente, für den Bürger leistbare und zugleich umweltschonende Alternativen“, sagt Christian Sikora. Die Produktion von Erdwärme, Solarenergie, schadstoffarmen Motoren oder von Luft-Luft-Umweltpumpen im „Grazer Umweltcluster“ soll öffentlich gefördert werden.



[www.bigshot.at](http://www.bigshot.at)



Rasche Hilfe in Notlagen: KPÖ-Mandatar/inne/n verwenden den Großteil ihrer Einkommen für den Sozialfonds. Im Bild: Die KPÖ-Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis sowie Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger. Zum Jahresende wurde – wie jedes Jahr – die korrekte Verwendung der Gelder offengelegt.

## HELFEN STATT REDEN

# 659.612 Euro für Notfälle vergeben

Unter dem Motto „Geben statt nehmen“ spenden die KPÖ-Abgeordneten einen Gutteil ihrer Politbezüge für in Not geratene Menschen. Seit 1998 wurde mit 660.000 Euro geholfen.

Eine nützliche Partei will die KPÖ für die Menschen sein – und das ist sie tagtäglich mit ihrem Sozialfonds; eine einzigartige Sache in der politischen Landschaft Österreichs. Denn die KPÖ-Mandatarinnen und Mandatäre orientieren sich bei ihren Bezügen an Facharbeiter-Löhnen. Der größere Teil des Einkommens wird für Menschen in akuten Notlagen aufgewendet. Oder für Menschen, die Hilfe brauchen um zu ihrem Recht zu kommen.

Seit 1998 – damals zog Ernest Kaltenegger in die Stadtregierung ein – gibt es diesen Sozialfonds. Seither hat die KPÖ 659.612 Euro (mehr als 9 Millionen Schilling) zur Verfügung gestellt. Die derzeitigen Stadträtinnen der KPÖ, Elke Kahr und Wilfriede Mongiou-

dis handeln und verzichten auf überhöhte Politeinkommen. Eine Offenlegung der Verwendung wird jährlich durchgeführt.

Mehr als 4.000 Menschen konnte in den letzten zehn Jahren so geholfen werden. Menschen, die ihre Mieten nicht bezahlen konnten, die zu wenig Geld für Kauttionen, Boiler, Waschmaschinen hatten. Seit heuer kommt dazu, dass die unmittelbaren Lebenskosten für viele zum unüberwindbaren Problem werden. „Immer mehr brauchen Zuschüsse zu Lebensmitteln, Kinderbekleidung, zum Schulgeld. Da gibt es Familien, die mit ihren Kindern noch nicht einmal einen Tag auf Urlaub waren“, berichtet Wohnungsstadträtin Elke Kahr, die auch schon Zuschüsse zu Schullandwochen oder Zugtickets für die erste Urlaubsfahrt gegeben hat.

Wirtschaftsbetriebe-Stadträtin Wilfriede Monogioudis hat seit 2003 Projekte im Sozial-, Jugend- und Umweltbereich mit 102.170 Euro unterstützt.